

Das „Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership“, TTIP, soll ein Vertrag zwischen EU und USA werden.

Die Befürworter sagen, dass er viele wirtschaftliche Vorteile bringen wird auf beiden Seiten des Atlantiks. Er soll die Zölle praktisch abschaffen und vor allem „nicht tarifäre“ Handelshemmnisse beseitigen. Diese Handelshemmnisse sind hauptsächlich Vorgaben für Kennzeichnung, Genehmigungen, Produktstandards. Diese sollen „vereinheitlicht“ werden das heißt für beide „Partner“ annehmbar.

Eigentlich sind diese Ziele ein Wunschzettel der Großkonzerne beider Seiten des Atlantiks. Sie hoffen die jeweiligen Handelshemmnisse zu beseitigen und ihre bisher im „Partner“-Gebiet nicht verkaufbaren Produkte anbieten zu können.

Einer der wesentlichen Kritikpunkte in den bis heute geheimen Verhandlungen, (Mitte Dezember ist die dritte Verhandlungsrunde) ist das geplante Schlichtungsverfahren, das „Investor-State Dispute Settlement“. Dieses schon international existierende Verfahren erlaubt Konzernen Staaten zu verklagen, wenn sie meinen auf Grund von Gesetzen, Gewinnaussichten zu verlieren. Umgekehrt können Staaten Konzerne aber nicht verklagen. Über den Klagefall entscheiden - ohne Berufungsmöglichkeit - drei private Personen, ausgesucht aus etwa fünfzehn internationalen Kanzleien, die solche Fälle behandeln.

Ein Beispiel: das Verfahren von Vattenfall gegen die BRD wegen Atomausstieg und Stilllegung von Krümmel und Brunsbüttel, das in Washington verhandelt wird und in welchem Vattenfall 3,7 Milliarden € Schadensersatz verlangt. Wenn die BRD das Verfahren verliert, muss die deutsche Bevölkerung (also die SteuerzahlerInnen) dieses Geld an Vattenfall zahlen.

Wenn dieses ISDS Verfahren in das Abkommen mit aufgenommen wird, entsteht eine Paralleljustiz für Konzerne. Regierungen werden kaum wagen, schärfere Umwelt- und Verbrauchergesetze zu erlassen, weil sie eine Klage befürchten. Demokratische Willensbildung wird nur noch möglich sein wenn sie die Konzerne wirtschaftlich nicht stört.

Gegen dieses ISDS richtet sich der Brief vieler internationaler Organisationen. Auch "Wasser in Bürgerhand!" hat unterschrieben.